

## Interfraktioneller Antrag

### Fraktionen:

Geschäftsstelle der Fraktion grün+alternativ+links (GAL)

Bearbeitung: Jens-Uwe Schulz (E-Mail: jens-uwe.schulz@luebeck.de Telefon: 122-1067/1068)

## grün+alternativ+links [GAL] und SPD: AT zu VO/2017/05280 GAL: Aufhebung des Konzeptes zur Terminvergabe in den Stadtteilbüros der Hansestadt Lübeck

### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
28.09.2017	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

### Antrag:

Das in den Stadtteilbüros der Hansestadt Lübeck mit dem 01.07.2017 eingeführte Konzept zur Terminvergabe wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Es wird sichergestellt, dass auch für Anträge auf Ausweisdokumente, An-, Um- und Abmeldungen, Beglaubigungen, Melderegisterauskünfte und die LübeckCard Wartenummern gezogen werden können.

### Begründung:

– erfolgt mündlich –

### Anlagen :

Internetseite der Hansestadt Lübeck: Serviceangebot Stadtteilbüros

Bitte beachten Sie, dass es ab dem 01.07.2017 nur noch Wartenummern für folgende Dienstleistungen gibt:

- Führungszeugnis
- Meldebescheinigung
- Bescheinigung Steuer-ID
- Untersuchungsberechtigungsschein
- Abholung von Ausweisen und Reisepässen
- LübeckCard

Für Anträge auf Ausweisdokumente, An-, Um- und Abmeldungen, Beglaubigungen, Melderegisterauskünfte und die LübeckCard vereinbaren Sie bitte einen Termin.

[http://www.luebeck.de/bewohner/terminvergabe\\_online/](http://www.luebeck.de/bewohner/terminvergabe_online/) oder (0451) – 122 33 11

Bitte beachten Sie, dass telefonisch keine kurzfristigeren Termine zu erhalten sind.

Die Termine in den Stadtteilbüros sind mehrere Wochen im Voraus ausgebucht. Es wird daher dringend empfohlen, sich rechtzeitig Termine für seine Anliegen zu vereinbaren. Sollten Sie, z. B. aufgrund einer kurzfristig anstehenden Reise, einen früheren Termin benötigen, senden Sie bitte an [meldestelle@luebeck.de](mailto:meldestelle@luebeck.de) eine Email mit einem Nachweis über den Reisettermin und eine telefonische Erreichbarkeit. Es wird dann kurzfristig mit Ihnen Kontakt aufgenommen.

Die Bürger, die wegen einer An- oder Ummeldung beim Stadtteilbüro vorsprechen müssen, werden darauf hingewiesen, dass aufgrund der aktuellen Situation, die Einhaltung der zweiwöchigen Meldefrist großzügig ausgelegt wird und auch hier die Möglichkeit besteht einen Termin zu vereinbaren, der außerhalb dieser Frist liegt.